

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog
der Landesregierung



Themengespräch „Migration“ am 20.04.2012 in Ludwigsburg

Vorschläge für die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

Am 20.4.2012 fand im Rahmen der Konferenz „Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ das Themengespräch „Migration“ des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! statt. An der Konferenz nahmen über 120 Migrantinnen und Migranten teil, 50 Personen arbeiteten im Workshop des Entwicklungspolitischen Dialogs mit. Die Veranstaltung wurde von Pfr. Martin Schwarz und Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll moderiert.

Einen ausführlichen Bericht zu der Veranstaltung finden Sie unter:
www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt.



Im Workshop hatten die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit, individuelle Vorschläge für die zukünftigen Leitlinien zu erarbeiten. In einer zweiten Arbeitsphase wurden diese Vorschläge dann in Arbeitsgruppen vertieft. Im Folgenden dokumentieren wir jeweils in einem Rahmen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und dazu die individuellen Vorschläge.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1. Das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten fördern

- Dazu sollte die zivilgesellschaftliche Vernetzung auf lokaler Ebene von den Kommunen stärker als bisher gefördert werden. Wichtig ist, dass sich die „deutschen“ Organisationen für Migranten öffnen und sich andererseits Migranten auch stärker in „deutsche“ Organisationen einbringen.
- Die Spitzen der großen Verbände (z.B. Rotes Kreuz, Caritas, Johanniter) haben hier eine Vorbildfunktion. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit können sie von den Erfahrungen und dem Wissen von Migranten profitieren.

1.1 Individuelle Vorschläge:

- Stärkere Förderung für die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft
- Finanzielle Förderung für Projekte von Migrantenselbstorganisationen (in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Inlandsarbeit/entwicklungspolitischen Bildung/ im Globalen Lernen (7 mal)
- Bessere Vernetzung zwischen der afrikanischen Diaspora und Entwicklungsinitiativen
- Förderung von Strukturen zur Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Migrantenselbstorganisationen (3 mal)
- Kleinere Organisationen bei Professionalisierung unterstützen
- Bessere Orientierung über Strukturen und Förderungsmöglichkeiten (Schaffung einer Clearing-Stelle)
- Mitwirkungsmechanismen bei der Entwicklung von entwicklungspolitischen Projekten der Kommunen erweitern
- Förderung der Beteiligung von Migranten, vor allem in Hilfsorganisationen (Feuerwehr, DRK, DLRG, TH, Malteser etc.)
- Noch mehr Migranten auch aus Nicht-Entwicklungsländern sensibilisieren und für die Mitarbeit gewinnen
- Ausländische Studierende und Migranten als entwicklungspolitische Multiplikatoren in Schulen und Kommunen einsetzen



Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



2. Globales Lernen und interkultureller Dialog

- Die Potentiale der Migranten für globales und interkulturelles Lernen in der Schule, im Kindergarten, in Gemeinden und Verwaltung müssen genutzt werden.
- Lehrbücher und Spielmaterialien in der Schule und in den Kindergärten sollten im Hinblick auf das globale Lernen überarbeitet werden.
- Das Interesse am globalen Lernen sollte über kulturelle Programme v.a. für Jugendliche gefördert werden.
- Ausländische Studierende könnten für Schulklassen oder Kindergartengruppen eine Patenschaft übernehmen. Das wäre für die Schulen und Kindergärten ein interkulturelles Multiplikatorenprogramm und für die ausländischen Studierenden eine Möglichkeit zum Nebenverdienst.
- Zum globalen Lernen gehört auch die Thematisierung der politischen Konflikte, die als Entwicklungshindernisse wirken.

2.1 Individuelle Vorschläge:

- Ehrliche Kommunikation
- Unterstützung der Zivilgesellschaft beim interkulturellen Lernen
- Mehr Nachdruck auf Mehrsprachigkeit, zuerst bei den Migranten, aber auch bei heimischer Bevölkerung
- Austausch von kulturellen Initiativen fördern
- Vertiefung des interkulturellen Dialogs jenseits von Akademien, Stiftungen und religiösen Gruppen
- Dem Begriff „fremd“ das Negative nehmen. Fremd zu sein ist in Baden-Württemberg ein Makel, in vielen außereuropäischen Ländern eher eine Auszeichnung. Finden von Gemeinsamkeiten als Ansatzpunkt (2 mal)
- Kulturgespräche in den Schulen fördern, z. B. mit Workshops im Dialog zwischen ausländischen Studierenden und den Institutionen. Das ist aussagekräftiger als Medien und komische Schulbücher.
- Interkulturelles Training/Lernen für Erzieherinnen und Lehrerinnen fördern
- Ausländische Studierende mehr in die Sozialbildung einbeziehen, bes. in Schulen und Universitäten
- Globale Zusammenhänge mit Migranten diskutieren – „fremden“ Blick nutzen
- Im Kulturleben der Kommunen Migrantenkulturen mit ins Boot nehmen.
- Das Erziehungssystem sollte die Kinder zu Weltbürgern erziehen, um die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien zu erleichtern.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



3. Bessere Bildungsmöglichkeiten für Migranten

- Die Muttersprachen von Migranten sollten im Rahmen von (Wahl-) Pflichtfächern in der Schule gezielt gefördert werden.
- Die bürokratischen Hemmnisse für ausländische Studierende sollten abgebaut werden, z. B. die Verpflichtung zur Einrichtung eines Sperrkontos. Die Hürden sind hier viel zu hoch. Das Land sollte sich beim Bund für eine Erleichterung der Vergabe von Visa für Studierende einsetzen.
- Die Informationen über die Möglichkeiten für Studienaufenthalte in Deutschland müssen verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf den Finanzierungsnachweis.
- Die Quoten für ausländische Studierende in den Stipendienprogrammen sollten erhöht werden.
- Das Studienbegleitprogramm STUBE sollte besser gefördert werden, um den Austausch zwischen Migranten zu verbessern. Für Neuankömmlinge könnte ein Patenschaftsprogramm geschaffen werden, das die Ankunft und die Integration in Deutschland erleichtert.
- Die Nebenverdienstmöglichkeiten zum Studium müssen erleichtert und flexibilisiert werden. Die jetzigen Einschränkungen erlauben keine eigenständige Existenzsicherung.
- Ein besonderes Problem stellen hier die Studienpläne an den Universitäten dar, die aus den Fachhochschulen hervorgegangen sind. Diese Pläne sind so dicht, dass daneben kaum eine Erwerbstätigkeit möglich ist. Diese Studienpläne müssten so flexibilisiert werden, dass eine Nebentätigkeit möglich ist, ohne den Verlust des Studentenvisums zu riskieren.
- Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen muss verbessert werden. Es ist wichtig, dass hier eine Kohärenz hergestellt wird.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

3.1 Individuelle Vorschläge:

- Bessere Förderung von Studienbegleitprogrammen wie STUBE
- Ausbau der Stipendienprogramme für ausländische Studierende und Erhöhung der Quoten für ausländische Studierende in deutschen Stipendienprogrammen (10 mal)
- Mehr Stipendien für technische Fächer
- Verbesserung der BaFöG-Konditionen für Migranten (2 mal)
- Bedürfnisbezogene statt leistungsbezogener Stipendienprogramme
- Mehr Studienplätze für ausländische Studierende
- Bessere Betreuung ausländischer Studierender
- Schaffung von Austauschprogrammen für praktische Tätigkeiten im Ausland
- Das System der „Blue Card“ weiter entwickeln durch Förderung von hochqualifizierten Fachkräften mit Migrationshintergrund
- Aufenthaltstitel erweitern, Abschaffung der Verpflichtung zur Einrichtung eines Sperrkontos über 7000 €. (2 mal)
- Finanzielle Unterstützung für die Wohnungsmiete nach dem Vorbild des „Caf“-Programms in Frankreich.
- Bessere Unterstützung durch die Kommunen bei der Job- und Praktikumsuche

4. Integration von Migranten

- Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft soll erleichtert werden.
- Die Möglichkeiten zum Erwerb doppelter Staatsbürgerschaften sollen erleichtert werden.
- Ausländer, die in die Gesellschaft integriert sind, sollen nicht abgeschoben werden können.

4.1 Individuelle Vorschläge

- Überwindung der Isolation von Flüchtlingen durch ihre Einbeziehung
- Einbürgerungskampagne
- Verbesserung der Regeln zur Aufenthaltsverlängerung (2 mal)
- Bleiberecht (Arbeit der Härtefallkommission) verbessern
- Doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern
- Systematische Evaluierung von Projekten im Bereich Migration und Integration
- Die Grundlagenforschung im Bereich Migration und Integration stärken und die Integrationsarbeit wissenschaftlich reflektieren (2 mal)
- Mehr Freiraum für hier geborene Kinder aus „Migrationshintergrund“. Hilfe zum Identifizieren in ihrer Umwelt und der derzeitigen Heimat.
- Bürger sensibilisieren gegen Rechtsextremismus

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Sozialkompetenzen, Musik, Sport.
- Eine Willkommenskultur in den Ausländerbehörden schaffen
- Die Diasporen in die Integrationspolitik einbeziehen
- Integration von Migranten in öffentliche Einrichtungen
- Antidiskriminierung ernst nehmen
- Kommunales Wahlrecht für Bürger aus Drittländern schaffen (2 mal)
- Stärkung von Ausländer-/Migrationsräten in den Kommunen



5. Die Kompetenzen der Migranten für die Wirtschaft nutzen

- Die Kompetenz der Diaspora soll für Projekte im Süden genutzt werden. Hierzu sollte es eine zentrale Anlaufstelle für wirtschaftliche Fragen geben, die Akteure der Wirtschaft, der Kommunen, der Hochschulen und der Zivilgesellschaft miteinander vernetzt.
- Eine bessere Vernetzung von Migranten aus verschiedenen Kontinenten sollte gefördert werden, um besser voneinander lernen zu können.
- Das Land könnte einen Gründerwettbewerb speziell für Migranten ausschreiben.
- Eine Leitlinie für die Diversity-Programme der Unternehmen und Verwaltungen sollte entwickelt werden.
- Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollten als Standard eingeführt werden, um die Diskriminierung von Migranten zu verhindern.
- Die Migrantenquote in der Verwaltung soll erhöht werden, der Zugang der Migranten zu den Entscheidungsgremien muss verbessert werden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Bürokratie und andere Einschränkungen der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Migranten müssen reduziert werden.
- Das Land soll per Gesetz ein nachhaltiges Beschaffungswesen im Land und in allen Kommunen einführen.

5.1 Individuelle Vorschläge:

- Mainstreaming von fairer Beschaffung
- Wie kann die Landesregierung die Unternehmen motivieren, mehr ausländische Absolventen einzustellen?
- Menschen mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung und im beruflichen Leben fördern.
- Besserer Transfer von der Ausbildung ins Berufsleben
- Mehr Chancengleichheit bei der Berufsfindung für Hochschulabsolventen mit Migrationshintergrund (2 mal)
- Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen (3 mal)
- Einführung von Quoten bei der Arbeitsstellenbesetzung
- Bessere Förderung der Wirtschaftskompetenzen von Migranten durch die IHK und AHK.

6. Internationale Beziehungen fair gestalten

- Alle internationalen Beziehungen und Partnerschaften des Landes, der Kommunen etc. sollten auf ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen überprüft werden.

6.1 Individuelle Vorschläge:

- Aktive Partnerschaft mit einem afrikanischen Land
- Alle internationalen Beziehungen überprüfen auf Augenhöhe und Gerechtigkeit in Entwicklungsarbeit, Wirtschaft, Politik, Bildung und Lebensstil
- Thematisierung der politischen Konflikte, die als Entwicklungshindernisse hier wie dort eine Rolle spielen
- Unseren Lebensstil (z.B. Mobilität) und seine Auswirkungen auf die Länder des Südens hinterfragen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

7. Bundesratsinitiative gegen Rüstungsexporte

- Das Land Baden-Württemberg soll eine Bundesratsinitiative gegen Rüstungsexporte (außerhalb der Nato-Mitgliedstaaten) und für eine Überarbeitung der Hermes-Bürgschaften starten.

7.1 Keine individuellen Vorschläge zu diesem Themenbereich



8. Vorschläge zum Entwicklungspolitischen Dialog

- Entwicklungspolitischer Dialog und Dialog mit Migranten bedeutet, alle sozialen Schichten einzubeziehen. Es bedeutet, nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Der Dialog muss ehrlich gestaltet sein und durch gegenseitigen Respekt geprägt sein.
- Der Fachbeirat des Entwicklungspolitischen Dialogs sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen. Entwicklungspolitische Organisationen müssen eine „gläserne Decke“ haben, d.h. transparent sein.

8.1 Individuelle Vorschläge:

- Zugang zu den Informationen über dieses Projekt gewährleisten
- Diskussion über das Selbstverständnis von Entwicklungszusammenarbeit als gemeinsames Ziel der Bürger fördern (unabhängig von der Herkunft).
- Kritik an der mangelnden Einbeziehung von Migranten in den Dialog (3 mal)
- „Affirmative Action“ in Verwaltungen, Universitäten und politischen Parteien
- Dialog institutionalisieren, regelmäßig pflegen (Schaffung eines Gremiums)

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Migranten sollten nicht nur als Ansprechpartner, sondern auch als stimmberechtigte Teilnehmende in den Gremien des Dialogs vertreten sein
- Für eine regelmäßige Evaluierung der entwicklungspolitischen Leitlinien und deren Umsetzung Sorge tragen (2 mal)
- Die Zielgruppen, mit denen das Land den Dialog führen will, klar identifizieren
- Einführung von halbjährlichen Landesveranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt

Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

weltbuerger@ev-akademie-boll.de

